

# Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin · Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz

67. Jahrgang Nr. 23

Berlin, den 20. September 2011

03227

## Inhalt

26.7.2011	Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre X-B 16/39 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem .....	462
16.8.2011	Elfte Verordnung zur Änderung der Bezirksgrenzen .....	462
	2020-1-12	
1.9.2011	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XXI-2-1 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Biesdorf .....	463
6.9.2011	Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre 3-5/8 im Bezirk Pankow, Ortsteil Heinersdorf .....	464
8.9.2011	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans 10-10 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Mahlsdorf .....	465
1.9.2011	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 7. Februar 2011 .....	466
	300-3-b	
6.9.2011	Berichtigung der Verordnung im Sinne des § 577a Absatz 2 BGB über den verlängerten Kündigungsschutz bei Umwandlung einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung (Kündigungsschutzklausel-Verordnung) .....	466
	400-11	
28.8.2011	Berichtigung der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 19. Juli 2011 .....	467
	2038-1-2	

Abkürzungen: GVBl. = Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, VOBl. = Verordnungsblatt Berlin Teil I bzw. Teil II, BGBI. = Bundesgesetzblatt Teil I, II bzw. III, GVABl. = Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblatt für Berlin, GBl. = Gesetzblatt der DDR Teil I bzw. Teil II, ABl. = Amtsblatt für Berlin

## Verordnung

### über die Verlängerung der Veränderungssperre X-B 16/39 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem

Vom 26. Juli 2011

Auf Grund des § 16 Absatz 1 und des § 17 Absatz 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 619), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

#### § 1

Die durch Verordnung vom 27. Juli 2010 (GVBl. S. 454) erlassene Veränderungssperre wird für das Grundstück Podbielskiallee 14-18 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem, um ein Jahr bis zum 27. Oktober 2012 verlängert.

#### § 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin geltend

machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

#### § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 26. Juli 2011

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Norbert K o p p  
Bezirksbürgermeister

Uwe S t ä g l i n  
Bezirksstadtrat

## Elfte Verordnung

### zur Änderung der Bezirksgrenzen

Vom 16. August 2011

Auf Grund des § 1 Absatz 2 Satz 2 des Bezirksverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2005 (GVBl. 2006 S. 2), das zuletzt durch Gesetz vom 24. Februar 2011 (GVBl. S. 58) geändert worden ist, wird mit Zustimmung der Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg verordnet:

#### § 1

Die Grenze des Bezirks Steglitz-Zehlendorf gegen den Bezirk Tempelhof-Schöneberg wird wie folgt geändert:

1. Bereich Hildburghäuser Straße 70  
Das Flurstück 66/598 der Gemarkung Marienfelde, Flur 1 mit einer Größe von 371 m<sup>2</sup> wird dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf zugeordnet.
2. Bereich Friedenauer Brücke und Körnerstraße  
Die Flurstücke 5083, 5087 und 5089 der Gemarkung Steglitz, Flur 1 mit den Flächen 1043 m<sup>2</sup>, 48 m<sup>2</sup> und 231 m<sup>2</sup> werden dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg zugeordnet.
3. Bereich Trachenberggring und Friedrichrodaer Straße  
Das Flurstück 1/424 der Gemarkung Marienfelde, Flur 1 mit der Fläche 254 m<sup>2</sup> wird dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf zugeord-

net. Das Flurstück 85/381 der Gemarkung Lankwitz, Flur 1 mit der Fläche 23 m<sup>2</sup> wird dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg zugeordnet.

#### § 2

Die Vermessungsämter der von den Grenzänderungen betroffenen Bezirke haben die in § 1 bezeichneten Grenzen kartenmäßig darzustellen. Diese Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie sind beim Landesarchiv zur kostenfreien Einsicht für jedermann niedergelegt.

#### § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 16. August 2011

Der Senat von Berlin

Regierender Bürgermeister  
Klaus W o w e r e i t

Senator für Inneres und Sport  
Dr. Ehrhart K ö r t i n g

## Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XXI-2-1 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Biesdorf

Vom 1. September 2011

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 6 Absatz 5 und mit § 11 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

### § 1

Der Bebauungsplan XXI-2-1 vom 4. Oktober 2010 für die Grundstücke Alt-Biesdorf 50 A bis 53 H, Wuhleweg 1-7, Am Brodersengarten 11 sowie Abschnitte der Straßen Grüne Aue und Alt-Biesdorf im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Biesdorf, wird festgesetzt. Er ändert teilweise den durch Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XXI-2 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Biesdorf, vom 12. Mai 2006 (GVBl. S. 466) festgesetzten Bebauungsplan.

### § 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, und Fachbereich für Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz kostenfrei eingesehen werden.

### § 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
  2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

### § 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

### § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 1. September 2011

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Dagmar P o h l e  
Bezirksbürgermeisterin

## Verordnung

### über die Verlängerung der Veränderungssperre 3-5/8 im Bezirk Pankow, Ortsteil Heinersdorf

Vom 6. September 2011

Auf Grund des § 16 Absatz 1 und des § 17 Absatz 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

#### § 1

Die durch Verordnung vom 23. November 2010 (GVBl. S. 537) erlassene Veränderungssperre 3-5/8 wird um ein Jahr bis zum 21. September 2012 verlängert.

#### § 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Pankow von Berlin geltend machen; der

Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

#### § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 6. September 2011

Bezirksamt Pankow von Berlin

Matthias K ö h n e  
Bezirksbürgermeister

Dr. Michail N e l k e n  
Bezirksstadtrat für Kultur,  
Wirtschaft und Stadtentwicklung

**Verordnung**  
**über die Festsetzung des Bebauungsplans 10-10**  
**im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Mahlsdorf**

Vom 8. September 2011

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I. S. 1509), in Verbindung mit § 6 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 10-10 vom 4. Juni 2009 mit dem Deckblatt vom 10. September 2010 für die Grundstücke Pflingstweg 1/19; 2, 6, 12 und 16, Maipfad 1/19, 2/6 und 16, Heuetsteig 1-7 und 9, Kressenweg 74/80 und 84, Eisweg 8/30 und 11, 15, 17, 21, 23, 27, Brachetweg 1-12, Nebelsteig 1-9, 11, Osterpfad 1-8, Hornungweg 7/57, 10, 14/20, 24, 32/56 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Mahlsdorf, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung und Amt für Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz, kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
  2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 2a Nummer 3 und 4 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. September 2011

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Dagmar P o h l e  
Bezirksbürgermeisterin

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg**  
**zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte**  
**der Länder Berlin und Brandenburg vom 7. Februar 2011**

Es wird bekannt gegeben, dass der mit Artikel I des Gesetzes zur Angleichung des Richterrechts der Länder Berlin und Brandenburg vom 9. Juni 2011 (GVBl. S. 238) ratifizierte, am 7. Februar 2011 unterzeichnete Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg nach seinem Artikel 2 am 1. September 2011 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 1. September 2011

Senatsverwaltung für Justiz

Gisela v o n d e r A u e

**Berichtigung**  
**der Verordnung im Sinne des § 577a Absatz 2 BGB über den verlängerten Kündigungsschutz**  
**bei Umwandlung einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung**  
**(Kündigungsschutzklausel-Verordnung)**  
Vom 6. September 2011

Die Verordnung im Sinne des § 577a Absatz 2 BGB über den verlängerten Kündigungsschutz bei Umwandlung einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung (Kündigungsschutzklausel-Verordnung) vom 16. August 2011 (GVBl. S. 442) wird wie folgt berichtigt:

In § 2 wird die Angabe „§ 573 Absatz 2 und 3 BGB“ durch die Angabe „§ 573 Absatz 2 Nummer 2 und 3 BGB“ ersetzt.

Berlin, den 6. September 2011

Der Senat von Berlin

Klaus W o w e r e i t	Ingeborg J u n g e – R e y e r
Regierender Bürgermeister	Senatorin für Stadtentwicklung

**Berichtigung**  
**der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderung von Frauen**  
**und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe**  
**öffentlicher Aufträge vom 19. Juli 2011**

Die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Frauenförderverordnung - FFV) (GVBl. S. 362) wird wie folgt berichtigt:

In Artikel I Nummer 8 (§ 8 der Verordnung) wird in Absatz 2 folgender Satz angefügt:

„Einzelheiten zur Datenerhebung und Berichterstattung werden in der Verordnung über statistische Angaben und Analysen für den Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (Gleichstellungsberichtsverordnung) geregelt.“

Berlin, den 28. August 2011

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Harald W o l f

**Herausgeber:**

Senatsverwaltung für Justiz,  
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

**Redaktion:**

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Telefon: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08  
E-Mail: gabriele.bluemel@senjust.berlin.de  
Homepage: www.berlin.de/senjust

**Verlag und Vertrieb:**

Wolters Kluwer Deutschland Information Services GmbH, Feldstiege 100, 48161 Münster  
Telefon: 025 33/93 00 907, Fax 025 33/93 00 908  
E-Mail: service-wkdis@wolterskluwer.de  
Internet: www.wkdis.de / www.wolterskluwer.de

**Bezugspreis:**

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt.  
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.  
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.  
Preis dieses Heftes 1,70 € zzgl. Versand  
(Deutsche Bank München, Konto 222 02 75, BLZ 700 700 10)

**Druck:**

Druckhaus Tecklenborg, Siemensstraße 4, 48565 Steinfurt

Wolters Kluwer Deutschland Information Services GmbH  
Feldstiege 100 • 48161 Münster  
Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG